

Rede von Stadträtin Stolz

zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 20.12.2016

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Herren Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe sonst noch Anwesende,

jetzt ist es also soweit. Die Mehrheit des Gemeinderates hat sich auf ein gemeinsames Antragspaket geeinigt und in langjähriger Tradition werden noch einige Millionen Schulden auf die schon im Entwurf des Oberbürgermeisters enthaltene Neuverschuldung draufgelegt. Es sind weder Signale zur Verbesserung der Einnahmesituation noch Einschränkungen bei den zukünftigen, den Haushalt stark belastenden, Großprojekten und auch kein erkennbarer langfristiger Vermögensaufbau der Stadt enthalten. Es ist kein auch noch so klitzekleines Signal erkennbar, wie, wann und von welchen Mitteln die Schulden irgendwann einmal zurückgeführt werden sollen. So können Sie nicht mit den Ja-Stimmen der Bunten Linke rechnen. Wir haben Probleme mit der Zustimmung zu diesem Haushalt und auch dem vorgelegten Antragspaket. Und zwar ganz grundsätzliche. Unsere feste Überzeugung und politischer Grundsatz ist, städtisches Handeln hat in erster Linie den Menschen in der Stadt zu dienen und ihnen langfristig die notwendige Infrastruktur in gesunder Umgebung zur Verfügung zu stellen. Und zwar vor allem denen, die selbst nicht so zahlungskräftig sind. Das sind – wie ich beim letzten Mal ausgeführt habe – mindestens zwei Drittel der Heidelbergerinnen und Heidelberger, die nicht über ein durchschnittliches Einkommen verfügen. Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten den Haushaltsentwurf und die Änderungsanträge.

Erstens zur Kultur: Der Kulturhaushalt insgesamt wurde noch weiter aufgebläht. Eine Analyse, welchen Bevölkerungsgruppen dies wirklich zugutekommt, steht aus. Solange kann ich nun unwiderlegbar behaupten, dass das obere Drittel der Einkommensempfänger und Menschen entsprechendem Einkommens von außerhalb, erhebliche Wohltaten aus öffentlichen Mitteln der Stadt Heidelberg erhalten. Wir sehen auch nicht, dass beim Leitantrag Kultur die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in der Stadt die Hauptrolle spielen soll. Bisher erscheint das Verfahren vor allem dazu geeignet, die großen, Leuchttürme genannten, Einrichtungen und Projekte auf lange Zeit am öffentlichen Tropf zu halten. Es besteht die Gefahr, dass wir mit der sogenannten Grundförderung der Großen immer mehr Einrichtungen und Events ein „to big to fall“ garantieren, und zwar unabhängig davon, ob überwiegend Heidelberger Bürgerinnen und Bürger, und völlig unabhängig davon welche Gesellschaftspflicht, die Angebote wahrnehmen und wie die Angebotsvielfalt insgesamt aussieht.

Zweitens: An den Großprojekten, die die Mehrheit der Bevölkerung persönlich nicht braucht, wird nicht gerüttelt. Das wird uns noch vor die Füße fallen, wenn wir nicht andere Partner von Anfang an in die Verantwortung nehmen. Aktuell sind solche allerdings zum Beispiel für das Konferenzzentrum und auch für die Großsporthalle nicht wirklich in Sicht.

Drittens: Steuererhöhungen oder andere Maßnahmen zur langfristigen Verbesserung der Einnahme- und Vermögenssituation der Stadt sind nicht vorgesehen.

Und viertens sollen auch keine nennenswert erhöhten Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, obwohl zu teure Mieten die absolut drängendsten Probleme der Mehrheit der Menschen in der Stadt sind. Zwei Drittel der Bevölkerung gehen ziemlich leer aus. Vielleicht sind es ja auch schon drei Viertel. Immerhin sind die Daten, die dazu zur Verfügung stehen, schon 10 Jahre alt.

Zu unseren Anträgen - und wir betrachten zum Beispiel das Verkehrsamt. Hier gehen die gemeinsam eingebrachten Anträge querbeet durch alle Aufgabenbereiche des Amtes. Hat die Verwaltung die Interessenslage der Bürger so wenig im Blick, dass aus allen politischen Richtungen nachgebessert werden muss? Das gilt genauso für Baumaßnahmen an Schulen. Die Annahme unseres kompletten Antrages Nummer 4 – und im Leitantrag haben Sie Teile davon dankenswerterweise übernommen – würde in Zukunft eine ganze Reihe korrigierender Kraut- und Rüben-Anträge, wie sie jetzt im gemeinsamen Paket enthalten sind, überflüssig machen. Unser Antrag zielt auf die sorgfältige Diskussion von Prioritätenlisten mit den Betroffenen und der übrigen Öffentlichkeit. Diese Prioritäten existieren teilweise schon, werden aber immer wieder durch Haushaltsanträge wie die vorgelegten, durcheinander gewürfelt. Wir würden gerne – und vielleicht bekommen wir sie ja per Top-Antrag dazu – im jeweils zweiten Jahr eines Doppelhaushaltes die Prioritätenlisten vertieft betrachten. Und uns dabei die Zeit für sorgfältiges Arbeiten nehmen, ohne den Druck, innerhalb kürzester Zeit den Haushalt verabschieden zu müssen. Unser zweiter wichtiger Antrag, der ebenfalls nicht aufgenommen wurde, aber in abgeschwächter Form immerhin entsprechende Informationen von der Verwaltung fordert, betrifft die großen Investitionen mit hohen Folgekosten. Hier sind wir der Meinung, dass unser Mandat als Kommunalpolitikerinnen und –politiker nur beschränkte Gültigkeit hat. Die langfristigen finanziellen Belastungen wirken nämlich weit über unsere Amtszeit hinaus. Deshalb ist es notwendig, die Bürger nicht nur zu informieren, sondern auch mitbestimmen zu lassen. Wenn unser Antrag Nummer 3, große Investitionsvorhaben per Bürgerentscheid bestätigen zu lassen, beschlossen würde, dann hätte ich die Hoffnung, dass vielleicht doch dieser Gemeinderat das langfristige Wohl der Stadt und vor allem ihrer Bewohner im Sinn hat. Das wäre eine wirklich innovative zielführende Entscheidung.

Unser dritter wichtiger Vorschlag zielt darauf, auf dem Weg über Erbpachtverträge profitables städtisches Eigentum zu behalten und zu mehren, statt nur die unproduktiven Infrastruktureinrichtungen bei der Stadt zu belassen. Wie ich beim letzten Mal schon ausgeführt habe, gehen bereits viele Städte diesen Weg – warum eigentlich nicht auch Heidelberg. Unser Fazit also zur zurückliegenden Haushaltsberatung: Danke, dass wir bei den Beratungen dabei sein durften und noch größeren Dank dafür, dass einige unserer Anregungen in der einen oder anderen Art und Weise in die Leitanträge mitaufgenommen wurden. Das gemeinsame Antragspaket beinhaltet aber ganz sicher nicht die gemeinsame Anstrengung, die Schulden zu reduzieren und den städtischen Haushalt langfristig zu entlasten. Dafür finden wir viele Anträge, die nachbessern, was im Verwaltungsentwurf nicht enthalten ist. Alle Parteien haben zugunsten des gemeinsamen Paketes grundlegende und für ihre jeweilige politische Ausrichtung wichtige Anträge zurückgezogen und im Gegenzug Anträgen anderer zugestimmt, die ihren Grundsätzen eigentlich zuwiderlaufen. Das nennt man wohl Kompromissbildung. Doch Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Bürger bleiben auf der Strecke. Wir jedenfalls stehen

zu all unseren Anträgen und möchten dokumentieren können, wer alles nicht für unsere langfristig sinnvollen Anträge stimmt, vor allem die Nummern 3, 4 und 82 – also Bürgermitbestimmung bei langfristigen finanziellen Belastungen, Prioritätenbildung und Vermögensaufbau durch Erbpacht. Ich hoffe, ich habe unser Abstimmungsverhalten deutlich genug gemacht.

Danke für's Zuhören.